

Der Kreis Hamburg Nord wünscht allen Mitgliedern ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2007



Eine NEUE SCHULE für Hamburg



Leitlinien

Auf dem Weg zur Bürgerschaftswahl 2008



Gratulation für Freimut

Glückwunsch zum 70. Geburtstag



20 Jahre Präsenz

Das kleine Büro der SPD Mühlenkamp



AsF Bundeskonferenz

Hamburg hatte acht Vertreterinnen



Leitlinien	
Bundestagswahl 2008	2
Wirtschaftspolitik	
Zukunft der Ökonomie	3
Gleichstellungspolitik	
CSD – Theater?!	4
Ladenöffnungszeiten	
Shoppin bis in die Puppen	5
Kreispolitik	
Gratulation für Freimut 20 Jahre Präsenz	6 6
AsF	
AsF-Bundeskonferenz in Berlin	7
Bildungspolitik	
Eine neue Schule für Hamburg	8–9
Ansprechpartner, Veranstaltungen	10–11
Landespolitik	
Volksentscheide	12
Gratulationen	12

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen, voilà der letzte NORDWIND für 2006 – leider auch nur ein 12-Seiter, was wohl daran liegt, dass viele NORDWIND-Schreiberlinge mit den inhaltlichen Vorbereitungen für den Landesparteitag am 02.12. oder ihrer Arbeit für die „Menschliche Metropole“ ausgelastet waren. Seit heute (18.11.06) scheint das Personaltableau der LO für den Bürgerschafts-Wahlkampf zu stehen. Entscheidend ist nun, dass wir die inhaltliche Vorbereitung für die kommende Bürgerschaftswahl vorantreiben. Der Kreis Nord hat mit seiner Bildungs-KDV im November gezeigt, dass er weiterhin für eine intensive Debattenkultur mit vorzeigbaren Ergebnissen steht (s. dazu vor allem den Beitrag von Sönke auf Seite 8./9). Viel Spaß beim Lesen!
Herzlich, Michael und Urs

Auf dem Weg zur Bürgerschaftswahl 2008

Von Inka Damerau

36 Prozent für die SPD! „Erstmals seit 2002 sind wir wieder stärkste Partei in der Stadt. Wir wissen, dass Umfragen nur Momentaufnahmen sind. Nur das Ergebnis am Wahltag zählt, und bis dahin haben wir noch viel Arbeit vor uns. Dennoch ist das Umfrageergebnis erfreulich und ein Grund, fest an unsere Stärke zu glauben und konsequent am Regierungswechsel 2008 zu arbeiten“

Dieser Aussage unseres Landesvorsitzenden und designierten Spitzenkandidaten Mathias Petersen ist nichts mehr hinzuzufügen.

Nur zu einem Ergebnis der Umfrage sei soviel gesagt: Sie bestätigt im Kern unsere Politik der letzten Monate in Punkto Demokratie und Beteiligung – ohne Wenn und Aber zum Volksentscheid stehen!

Der Umgang der CDU mit dem Wahlrecht, es im Alleingang zu verändern und damit wiederholt einen Volksentscheid zu ignorieren, wurde von den Hamburgerinnen und Hamburgern angemessen quittiert!

Jetzt geht es darum, zentrale Inhalte der Menschlichen Metropole zu entwickeln.

Mit einer Kreis AG „Gerechtes Hamburg – Soziale Stadt“ wollen wir uns ab Dezember mit Wort und Tat daran beteiligen. Dabei wird es vor allem um die Entwicklung von Botschaften für eine soziale Stadt Hamburg gehen: Solidarität, Gerechtigkeit und Integration.

Soziale Stadt Hamburg heißt:
Demokratie und Beteiligung.

Mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen (Verkauf des LBK und der Alten- und Pflegeheime von P&W durch den CDU

Senat) sind bereits jetzt Gestaltungsoptionen für die öffentliche Daseinsvorsorge aus der Hand gegeben.

Privatisierung ist aber nicht nur fehlende Gestaltungsoption für die Zukunft, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen.

Soziale Stadt Hamburg heißt:

Die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg und ihre Möglichkeiten vor allem unter dem Aspekt der Zuwanderung zu betrachten. Bereits jetzt haben die Hälfte aller unter 18-jährigen in Hamburg einen Migrationshintergrund. Welche Anforderungen stellen sich da an Bildung und Ausbildung und Integration?

Soziale Stadt Hamburg heißt:

Die zunehmende Gruppe der Seniorinnen und Senioren in Politikgestaltung und -umsetzung einzubeziehen.

Soziale Stadt Hamburg heißt:

Eine Politik des sozialen Ausgleichs für die Quartiere gestalten – also: eine gerechte Politik für eine gerechte Stadt. In diesen Themenbereichen müssen wir Glaubwürdigkeit weiter zurückerobern, wollen wir die jetzigen Umfrageergebnisse halten und ausbauen.

Soziale Stadt Hamburg heißt:

Arbeitslosigkeit bekämpfen und vor allem Langzeitarbeitslosen in Hamburg eine Perspektive anbieten.

Soziale Stadt Hamburg heißt:

Ein Verständnis von Stadt als Sozialraum zu entwickeln und zu sehen, dass es um die Gestaltung sozialer Beziehungen und das Zusammenwirken aller Akteure der Stadtgesellschaft geht.

Soziale Stadt Hamburg heißt:

Den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln und für eine gerechte Verteilungspolitik einzutreten.

Nicht zuletzt Bildung für alle als zentralen Baustein für eine selbstständige und selbstbewusste Lebensführung (auch in Lebenskrisen) zu entwickeln.

Wir werden starke Positionen entwickeln, wenn viele mitmachen.

Die AG „Gerechtes Hamburg – soziale Stadt“ trifft sich am 07. Dezember 2006, 19.00 Uhr, im Kreisbüro. ●

Mit Speck fängt man Mäuse. Wie fangen Sie Ihre Kunden?

Ihre Geschäftspapiere und Drucksachen sind Ihre Visitenkarte. **Machen Sie einen guten Eindruck!**

Visitenkarten, Geschäftspapiere,
Flyer, Kundenmagazine ...
Beratung, Konzeption, Realisierung,
Drucküberwachung ...
Schulung in QXP, FH, Flash, Office ...



Kreativschmiede
acceptDESIGN
Thomas Biedermann
Tel. 0 40/6116 9771
biedermann@acceptdesign.de



„Zukunft der Ökonomie – Ökonomie der Zukunft“

2. Hamburger Wissenschaftstag der FES, der Universität Hamburg und des Wissenschaftsforums Hamburg e.V.

Von Toralf Pusch und Kai Ermes

Reformieren wir unsere Ökonomie ins Abseits - unter tatkräftiger Beratung der Wirtschaftswissenschaft? Zumindest der Chefökonom des DGB Dr. Dierk Hirschel will dies nicht gelten lassen. Hirschel stellte fest, dass in der öffentlichen Debatte etwas nicht stimmt. Da wären so einige neoliberale Dogmen zu nennen, die den Beweis ihrer Wirksamkeit nicht erbringen konnten und auf den Prüfstand gehören.

Insbesondere waren der Arbeitsmarkt und das Steuer- und Abgabensystem als zentrale Stellschrauben für Wachstum und Beschäftigung ausgemacht worden. Die verkrusteten Institutionen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates hätten verhindert, dass sich Löhne – sinkend – an die veränderten Bedingungen von „Globalisierung“ und technischem Fortschritt anpassen. Zu hohe Arbeitskosten und eine falsche Lohnstruktur sorgten für niedrige Wachstumsraten und steigende Arbeitslosigkeit. Dies wurde und wird von fast allen maßgeblichen Akteuren (Institutionen, Politik, Medien) getragen und wird in der Debatte nicht einmal mehr einer empirischen Überprüfung unterzogen. Von Wissenschaftlichkeit kann nicht mehr gesprochen werden. Auf diesem ideologischen Fundament entstanden das Hartz-Paket und die Agenda 2010.

Bei näherer Betrachtung des Arbeitsmarktes erlebten wir massive Veränderungen in den letzten 25 Jahren: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Tarifbindung sind zurückgegangen, Lohnersatzleistungen wurden gesenkt und Kündigungsschutz abgebaut. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit, während die sozialdemokratischen Volkshäuser Schweden und Dänemark eine wesentlich bessere Arbeitsmarktsituation vorweisen können.

Das Gleiche beim Märchen von der zu teuren Arbeit am Standort Deutschland. Diese Behauptung beruht im Wesentlichen auf einer Statistik des arbeitgeberfinanzierten Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln. Die Realität sieht anders aus: Die BRD ist in

aufgrund einer herausragenden Wettbewerbsstellung, die Lohnstückkosten hatten in keinem anderen Land der Welt, mit Ausnahme Japans, eine derart geringe Zunahme zu verzeichnen. Die neoliberale Mainstream-Ökonomie bewertet Lohnzurückhaltung als notwendige Anpassung und übersieht geflüchtend den unschönen Nebeneffekt, die Schwächung der Binnennachfrage.

Sind also Löhne hierzulande nicht zu hoch, bleibt das Vorurteil der falschen Lohnstruktur. Angeblich gebe es zu wenig Niedriglöhner, das Lohnabstandsgebot sei nicht eingehalten, der Druck – auch Anreiz genannt – zur Arbeitsaufnahme nicht groß genug. Tatsache ist, dass durch die massive Lohnspreizung in den USA die dortigen Niedrigqualifizierten zu den Verlierern des Arbeitsmarktes zählen mit einer wesentlich höheren Arbeitslosigkeit als die Geringqualifizierten in den vergleichsweise stark regulierten Ländern Schweden oder Dänemark mit der egalitärsten Lohn- und Einkommensverteilung.

Nachdem im Par-Force-Ritt der Neoliberalismus als Ideologie mit entsprechenden Konsequenzen entblößt wurde, stellte sich Hirschel der Aufgabe, Alternativen zu skizzieren. Alternativen, die gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge nicht aus dem Blick verlieren. Die exportorientierte Modernisierungsstrategie bedingte eine massive Nachfrageschwäche, quasi die Hauptursache für die ökonomische Schwäche der BRD. Hirschel plädiert für einen modernen Keynesianismus, öffentliche Investitionen und höhere Löhne im privaten wie im öffentlichen Sektor. Im Wesentlichen zielt ein moderner Keynesianismus auf Nachhaltigkeit ab, umfasst eine Innovationspolitik ebenso wie öffentliche Investitionen in ökologische Modernisierung und Sanierung (ÖPNV, Bahn, Wasser- und -entsorgung, energetische Gebäudesanierung). Insbesondere der Bildungs- und Gesundheitsbereich kann, nein, muss Investitionen erhalten, um den Anforderungen in humaner wie wirtschaftlicher Weise gerecht zu werden.

Anstatt am Arbeitsmarkt und im Steuer-

den letzten Jahren wiederholt Exportweltmeister geworden

und Abgabensystem herumzudoktern, müssen Keynesianer sich auf ein Nachfragemanagement konzentrieren. Hirschel fordert eine enge Kooperation von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik, die eine expansive Ausrichtung ermöglicht.

Die lang geübte Lohnzurückhaltung ist zu überwinden, und zunächst sei eine verteilungsneutrale Lohnentwicklung zu verfolgen, die der Nachfrageschwäche entgegenwirkt.

Die EZB ist gefordert, in konjunkturell schwierigen Zeiten die Zinsen massiv zu senken und in Boomphasen behutsam Zinsen zu erhöhen, um eine Überhitzung zu vermeiden (wie es die amerikanische Zentralbank Fed immer getan hat). Das Gegenteil passiert aber in Europa, innerhalb eines halben Jahres hat die EZB den Zinssatz von 2 auf 2,75 Prozent erhöht, alles wegen einer nebulösen „Inflationsgefahr“.

Auch ist die Finanzpolitik gefordert, für eine expansive Wirtschaftspolitik die Mittel bereitzustellen. Beispielsweise über Abschöpfungen von Steuern bei jenen, deren Sparquoten sich erhöht haben, bei Unternehmen, die Veräußerungsgewinne aktuell nicht versteuern, und über eine den internationalen Standards angepasste Erbschafts- und Vermögenssteuer. Auch eine höhere Kreditaufnahme ist in Abschwungphasen zu erwägen, der Schuldenabbau kann durch eine Begrenzung der kontrollierbaren Staatsausgaben verbindlich festgeschrieben werden. Eine Finanzpolitik, die auf die Konjunkturbremse tritt, erntet nur höhere Schulden. Und mit Generationengerechtigkeit hat eine rigide Sparpolitik nichts zu tun. Öffentlichen Verbindlichkeiten stehen immer private Vermögen gegenüber, die nicht hinreichend zur Finanzierung des Allgemeinwesens herangezogen wurden. Die notwendigen öffentlichen Investitionen unter Hinweis auf die leeren Kassen zu unterlassen, ist der größte Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit.

Bericht von der Arbeitsgruppe „Integration von Ökonomie und Ökologie“ mit Elmar Altwater: Kann es sein, dass etwas ewig wächst? Die sprichwörtlichen Bäume wachsen nicht in den Himmel. In der Ökonomie, so scheint es häufig, gelten andere Gesetze. Und dabei findet das Wirtschaften doch letztlich mit den begrenzten Ressourcen des Planeten Erde statt. Immerwährendes Wachstum ist deswegen eine Mär, darauf weist schon seit Jahren der Berliner Politikwissenschaftler und Prof. emer. Elmar Altwater hin (unter anderem in seinem letzten Buch zum Kapitalismus). In seinem Eingangsreferat spitzte

CSD – Theater?!

er noch zu: Wenn alles nur so weiter geht wie bisher, ist der Kollaps unvermeidlich.

Dies scheint sogar bei einigen großen Unternehmen angekommen zu sein. Der Ölkonzern Exxon wies im letzten Jahr in großflächigen Annoncen darauf hin, dass die Ölvorkommen noch 30 Jahre reichen. Und doch wurde der Zwang zu höherem Wachstum in den letzten zwei Jahrzehnten noch forciert, indem auf den deregulierten Finanzmärkten immer höhere Renditen verlangt wurden. Renditen, die schließlich auch erwirtschaftet werden müssen.

Die herrschende Wirtschaftswissenschaft kann mit diesen Problemen nicht umgehen, sie hat die Natur vergessen, ebenso wie für sie Gesellschaft und Kultur ohne Belang sind. Altvater bezeichnet sie sogar als autistisch, da sie sich nicht Phänomenen widmen kann, die außerhalb ihres Fokus sind. Und der liegt im freien Tausch zwischen freien Personen – dafür seien die Menschen tätig. Was schon Marx wusste, ist der modernen Ökonomie aus dem Blickfeld geraten: Arbeit oder Wirtschaften haben immer zwei Seiten. Die eine besteht im Schaffen von Werten. Das ist der Bereich, dem sich Ökonomen widmen. Zum anderen verformt, verändert die Arbeit die Natur bei jedem Akt des Wirtschaftens. Diese Naturveränderung betrachtet die Ökonomie nicht als ihren Gegenstand. Seit der industriellen Revolution schreitet sie unter Einsatz von immer mehr fossilen Energien immer schneller darin voran. Die moderne Wirtschaft ist zu großen Teilen eine fossile Wirtschaft – nur eben wie lange noch? Oder: ist das eine zu pessimistische, eine Endzeitvision, so eine Frage aus dem Publikum.

Heute gibt es darauf keine Antwort. Klar scheint aber, dass der Weg einer Übernutzung natürlicher Ressourcen und Senken für eine ungewisse Zukunft steht. Wenn sich die Durchschnittstemperatur in den nächsten 100 Jahren nach Prognosen des Pentagon um 5° C erhöht, dann können die dadurch losgetretenen Veränderungen in Natur, Gesellschaft und nicht zuletzt auch Wirtschaft nur erahnt werden. Als Fazit fordert Altvater deswegen eine Abkehr von der fossilen Produktionsweise. Hierzu sollte als erstes wieder eine stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte angestrebt werden, die zur Zeit einen enormen (Wachstums-) Druck auf die reale Ökonomie ausüben, der nur mit dem Einsatz von mehr fossilen Energien bewältigt werden kann.

Eine Überwindung der fossilen Wirtschaftsweise wird nach Altvater nur gelingen, wenn die Gesellschaft sich der Umstände bewusst wird, die zur Blüte ebendieser Wirtschaft geführt haben. Für eine offene (holistische) Diskussion des Zusammenhangs Ökonomie-Natur-Gesellschaft wird es deswegen unvermeidlich sein, sich wieder stärker dem Phänomen „Kapitalismus“ zuzuwenden. Unter diesen Bedingungen wäre dann auch eine maßvolle expansive Wirtschaftspolitik möglich. ●

Am 6. August dieses Jahres war es wieder soweit. Schrill, bunt, Männer in Frauenkostümen, Frauen auf aufgemotzten Motorrädern, Ballons in Regenbogenfarben mehr oder minder dekorativ an LKWs und Tiefladern befestigt: So sieht der Rundumschlag der bebilderten Berichterstattung zum Christopher-Street-Day im gedanklichen Pressespiegel von „Hamburgs schrillster Parade“ aus.

Von Timo Stampe

Dass politische Interviews und die Erwähnung von Forderungen über die bunte Bebilderung transportiert werden, erschließt sich der Mopo- und Abendblatt-Leserschaft erst auf den zweiten Blick – leider? Die Parade zum CSD ist bis heute eine angemeldete, politische Demonstration, und alle Jahre wieder die gleiche Frage: Wie politisch ist der CSD überhaupt noch? Ein Blick hinter die Kulissen belohnt mit Inhalten.

Die VeranstalterInnen des diesjährigen CSD in Hamburg haben durch eine Kampagne auf die verschiedenen Aktivitäten aufmerksam gemacht. Besonders ist vielen HamburgerInnen die Plakatserie aufgefallen, die in vielen U- und S-Bahnhöfen und auf Litfasssäulen zu sehen gewesen ist. „Schwuchtel“ und „Kampflesbe“ in großen Lettern, die sich schützend vor einen jungen Mann im Fußballer-Outfit und eine adrett zurecht gemachte Braut stellen. Beide Begriffe sind bewusst und klug gewählt, sie ergänzen das Kampagnen-Motto „Spielt doch keine Rolle!“ (GermanistInnen dürfen sich nun über die Doppeldeutigkeiten von Imperativen auslassen). Man kann dieses Motto aber auch einfach ein paar Minuten auf sich wirken lassen. „Jetzt nennen die sich schon selber Schwuchteln“ oder „Die ist doch nie im Leben eine Lesbe“ sind Kommentare, die ich von der gegenüberliegenden Sitzbank in der U-Bahn aufgeschnappt habe.

Zumindest ein Erfolg: Es wird darüber gesprochen. Denn es macht definitiv einen Unterschied, ob sich eine diskriminierte Minderheit mit Kampfbegriffen ins öffentliche Bewusstsein bewegt, oder ob einem sechzehn Jahre alten Teenager auf dem Schulhof „Scheißschwuchtel“ hinterher gerufen

wird. Das eine erfordert Mut; zum anderen gehört ein gehöriges Maß an Dummheit, die in ihrer beschränkten Denkstruktur analog zu rassistischer Ideologie anzusiedeln ist.

Wer glaubt, dass durch die Errungenschaften auf dem Gebiet der Gleichstellungspolitik (AGG, Lebenspartnerschaftsgesetz) die reale Diskriminierung ebenso abnimmt wie die rechtliche, derjenige oder diejenige irrt gewaltig. In München, Berlin und Wien darf man sich anhand vor Ort durchgeführter Untersuchungen einer anderen Wirklichkeit annähern: Eine deutlich erhöhte Selbstmordrate, soziale Ausgrenzung, Gewalt und psychischer Terror – das hat nichts mit Gleichberechtigung zu tun. Lesben, Schwule, Intersexuelle und sonstige BürgerInnen unseres Landes, die sich als nicht-heterosexuell begreifen, kämpfen seit Jahren an allen Fronten – nicht nur für das Ende der rechtlichen Diskriminierung.

Gratwanderungen beziehungsweise -märsche sind das Kennzeichen einer jeder gesellschaftlichen Bewegung, natürlich auch derjenigen Menschen, die die Gleichberechtigung von nicht-heterosexuell orientierten Menschen fordern. Forderungen sind in der Öffentlichkeit oftmals dann am wirksamsten, wenn sie ein gesellschaftliches Feedback in beide Richtungen erhalten, das heißt, Zustimmung und Ablehnung. Genau dieses geschieht jedes Jahr wieder zum CSD. Man kann dazu stehen, wie man möchte. Nur eines lohnt sich immer: Der „Backstage-Pass“, der einen durch den kritischen Blick hinter die Kulissen vielleicht das eine oder andere gewonnene Bild von vermeidlicher Realität anders einschätzen lässt. Auch dann, wenn der Vorhang wieder gefallen ist. Meinungen gibt es viele, Schicksale und Fakten aber auch. ●

Shoppern bis in die Puppen – nicht nur auf dem Dulsberg!

Am 27. September war die AsF in Dulsberg zu Gast. Zu Beginn sprach Marion Hanusch über das, was die Dulsberger bewegt. Themen, die den Menschen, in diesem Fall ehrenamtlich tätigen Frauen, vor Ort auf dem Herzen liegen. Besonders erfreulich war, dass ein Neumitglied den Weg zu uns gefunden hatte und wir sie herzlich in unserer Partei begrüßen konnten.

Von Sylvia Schmudlach

An diesem Abend erlebten wir die engagierte Betriebsratsvorsitzende des Alsterhauses Brigitte Meyn. Es ging um die verlängerten Ladenöffnungszeiten und allem um das, was politisch daran hängt. Die noch nicht lange zurückliegende Fußball-WM war ein aktueller „Testfall“ für den Einzelhandel. Und, was wurde versprochen und propagiert? Mehr Umsatz und mehr Arbeitsplätze. Wie viele Kunden sind es denn tatsächlich gewesen, die am späten Abend noch eingekauft haben? Vergleichsweise wenig. Außerdem haben die Menschen nicht mehr Kaufkraft in der Tasche, nur weil die Geschäfte länger offen haben.

Gibt es mehr Arbeitsplätze? Hier haben die Arbeitgeber eine interessante Strategie entwickelt. Früher waren Vollzeit Arbeitsplätze beim Stammpersonal die Regel. Heute überwiegt die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze mit unterschiedlichen Stundenkontingenten. Im Einzelhandel sind über 70 Prozent der Beschäftigten Frauen. Der Stundenlohn in dieser Branche ist nicht besonders hoch. Viele Frauen können von ihrem Lohn kaum leben. Hinzu

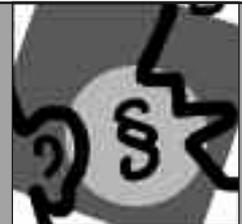
kommt, dass das Familienleben unter den späten Arbeitszeiten leidet, besonders die Kinder. Auch werden Zuschläge nicht mehr automatisch gezahlt, und der Manteltarifvertrag wurde aufgekündigt!

Dass beispielsweise die Feuerwehr stets bereit sein muss, leuchtet ein. Aber müssen wir noch um 21 Uhr eine Hose kaufen? Diese „Freiheit“ hat einen hohen Preis.

Nicht jeder Händler kann bei diesen Wettbewerbsbedingungen bestehen. Wenn die großen Kaufhäuser voranschreiten und ihre Verkaufszeiten verlängern, können viele kleinere Geschäfte dies personell nicht leisten. Die Folge ist ein erbarmungsloser Verdrängungsprozess, der die großen Häuser und Ketten begünstigt. Dabei haben die großen Kaufhäuser am Gesamtumsatz nur einen Anteil von fünf Prozent. Die Vielfalt des Angebots für den Verbraucher wird weniger.

Bezeichnend ist auch, dass im Grunde 50 Prozent der Ladenfläche ausreichend wäre, um die Verbraucher mit allen Gütern zu versorgen. Die ganze Branche ist quasi überdimensional „aufgebläht“. Viele politische und wirtschaftliche Maßnahmen versprechen auf den ersten Blick einen großen Gewinn. Oft wird erst nach deren Einführung deutlich, wie groß auch die Schattenseiten sind. ●

Rechtsanwälte Scharf & Wolter



Barmbek:

Elmar Böhm

Fachanwalt für Strafrecht
(Kapitalverbrechen, Jugendstrafrecht, Revisionsrecht), Ausländerrecht

Julia Fendler

Allg. Zivilrecht
Mietrecht
Verkehrsrecht

Dr. Alexander Scharf

Fachanwalt für Arbeitsrecht
(Kündigung, Befristung, Lohn, Betriebsverfassungsrecht)

Beratung auch auf Russisch

Gernot Wolter

Fachanwalt für Familienrecht (Scheidung, Sorgerecht, Unterhalt),
Erbrecht, Verkehrsrecht

Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/611 699 62

in Hamburg-Bergedorf:

Julia Laloire

Familienrecht
Erbrecht
Verkehrsrecht

Jessica Selonke

Arbeitsrecht
Mietrecht
Allg. Zivilrecht

Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61

www.scharf-und-wolter.de

Gratulation für Freimut

Von Barbara Israel stellvertretend für viele SPD-Mitglieder in Hamburg-Nord

Lieber Freimut,

herzlichen Glückwunsch zu Deinem 70. Geburtstag und Danke für Dein vielfältiges, insbesondere für Dein politisches Engagement, für Deinen weltweiten Einsatz für Freiheit und Menschenrechte!

Seit 40 Jahren bist Du Mitglied unserer Partei, und dieses noch immer im Distrikt Barmbek-Mitte. Von 1980 bis 1998 warst Du für uns, für den Wahlkreis Mitte in Hamburg, Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Heinrich Heine schildert den November als traurigen Monat, in dem die Tage trüber werden und der Wind das Laub von den Bäumen bläst – aber just in diesem Monat reiste er „nach Deutschland hinüber“. Im traurigen Monat November, am 12. November 1933 erhält die Einheitsliste der NSDAP 92 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Nationalsozialisten sind an der Macht.

Am 26. November 1936, drei Jahre nach der Machtergreifung durch die Nazis, wirst dann Du geboren: Schwere Jahre stehen Dir und Deiner Mutter bevor. Ist das der Grund, warum Du Dich immer und überall in Deinem beruflichen, in Deinem politischen und vermutlich auch in Deinem privaten Leben für Frieden, Freiheit, Menschenrechte und die Aussöhnung zwischen Menschen und Völkern eingesetzt hast? Liegen hier die Wurzeln für Dein Engagement? Auch, wenn Du – wie Du es beschreibst – weniger „aus biographischer Zugehörigkeit“, sondern durch viele Begegnungen und Erfahrungen in Probleme hineingeraten bist, „die eine moralische Entscheidung verlangten“, so haben Dich Herkunft und (Kriegs)- Erfahrungen und (Kriegs)- Erlebnisse sicherlich geprägt. Hier nur einige – wenige – Beispiele:

- Als Herausgeber von rororo aktuell hast Du in den siebziger Jahren osteuropäische Oppositionelle wie Rudolf Bahro, Robert Havemann, Vaclav Havel und Andrej Sacharow – um nur einige Schriftsteller zu nennen – veröffentlicht.
- 1995 bist Du zum Vorsitzenden des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

der Parlamentarischen Versammlungen der OSZE gewählt und im Dezember 1997 zum Beauftragten für Freiheit der Medien in den OSZE-Staaten ernannt worden.

- Als Bosnienbeauftragter des Deutschen Bundestages war Dir besonders wichtig, „Grundelemente unserer zivilen Demokratie zu vermitteln, ohne die der Wiederaufbau nicht gelingen kann“.

Im Wahlkreis hast Du die „Barmbeker Gespräche“ ins Leben gerufen, die leider nach Deinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag, was ich persönlich immer noch außerordentlich bedauere, keine Fortsetzung gefunden haben. Im Gedächtnis geblieben ist mir die sehr beeindruckende Veranstaltung mit Rupert Neudeck zum Thema

„Menschlichkeit konkret“. Mit meinen persönlichen Erfahrungen und mit meiner politischen Arbeit hatte die Veranstaltung mit der Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber „Die moderne Stadt als ziviler Ort“ zu tun: In weniger belebten Gegenden sollte unter anderem eine verbesserte Beleuchtung von Wegen es Frauen erleichtern, angstfrei diese Wege zu gehen – wäre ein Oberbürgermeister darauf gekommen?

Lieber Freimut, Du hast Dich international und in Deinem Wahlkreis für Freiheit und Menschenrechte engagiert – im Großen und im Kleinen und nicht nur in den vierzig Jahren Deiner SPD-Mitgliedschaft.

Zu Deinem 70. Geburtstag gratuliere ich Dir ganz herzlich und für Deine – auch in schweren Jahren – vierzigjährige Treue zu unserer Partei danken wir Dir alle.

20 Jahre Präsenz am Mühlenkamp

Von Andreas Bunkus

Helmut Kohl war 1986 am Anfang seiner Kanzlerschaft, Hamburgs Bürgermeister hieß Klaus von Dohnanyi, und die DDR war real existierend. Vieles hat sich in den letzten 20 Jahren geändert, aber manches ist geblieben: So auch das kleine Büro der SPD Mühlenkamp. Und das besteht aus gutem Grund, denn es dient in der Forsmannstraße nicht nur als Treffpunkt der Mühlenkamp Sozis und als Lagerstatt für allerlei Material, sondern beherbergt auch die wöchentliche Mieter-Beratung der SPD. Nicht zuletzt markiert die SPD dauerhaft Präsenz vor Ort.

Genug Anlass also für (SPD-)Lokalchef Jürgen Näther, am 20. Jahrestag



Ende August zum Empfang bei Kaffee und Kuchen zu la-

den und auf zwei Jahrzehnte gelebtes Parteileben anzustoßen. Zu den Gästen zählte MdB Christian Carstensen, der im Wahlkampf 2005 das zum Call Center mutierte Büro ebenso nutzte wie im Sommer für Stadtteilgespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Der kleine Distrikt kann sich das kleine Büro nur dank mancher Spender leisten, denen Dank zu leisten ist.

300 Frauen auf der AsF-Bundeskongress in Berlin

Hamburg hatte eine kleine Delegation mit acht Vertreterinnen, während Nordrhein-Westfalen zum Beispiel 80 Delegierte stellte. Mehrheiten bekommen heißt viel Arbeit und gute Inhalte. Wir hatten an einer Stelle – als kleine Delegation – beides!

Von Britta Linnemann und
Sylvia Schmudlach

Drei Tage Berlin: Von der Stadt sahen wir nur das Willy Brandt-Haus und den Weg dorthin, mehr war nicht drin. Gelernt haben wir trotzdem: Während der drei Tage wurde uns klar, dass wir nicht alle Positionen der Bundes-AsF hier in Hamburg teilen. Während unserer Redebeiträge merkten wir, dass wir für den Beitrag zu „Frauen in allen Lebensphasen“ die Mehrheit auf unserer Seite hatten. Für den zweiten und dritten Hamburger Beitrag gab es sehr viele Genossinnen, die uns zustimmten, aber eben leider nur eine starke Minderheit.

Frauen in allen Lebensphasen

Wir haben den Zusatz „in allen Lebensphasen“ gefordert. Und bekommen.

Eine Genossin aus Hamburg sagte dazu, stellvertretend für alle – unabhängig von der eigenen Situation:

„Wir kümmern uns um junge Frauen und Berufsperspektiven. Wir kümmern uns um Frauen, die Kinder haben, und das ist auch gut so! Aber wir vergessen, dass viele Frauen, vor allem ältere – viele arbeitslose Frauen – überhaupt keine Berufsperspektiven mehr haben. Sie ziehen sich in Ehrenämter zurück, unter anderem um nicht zu vereinsamen. Da werden sie gefordert und gefördert, auch von unserer Partei und den parteinahen Vereinen.“

Es gab hier von den Bundesdelegierten mehr Beifall als für jede andere Rede!

Frauen – aber insbesondere Mütter?

Konkret ging es in diesem Fall um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollten den Weg in eine gerechte Gesellschaft nicht gegen die Väter oder Menschen ohne Kinder formuliert haben, sondern als Kampf gegen die herrschenden Strukturen UND die sich darin Wohlfühlenden!

Dafür wurde ich schon ziemlich angezickt, als ich für die Hamburger Delegation forderte, dass zur Überwindung der männlichen Gesellschaft auch gehöre, nicht nur eine Zustandsbeschreibung, „insbesondere Mütter“ in die Bundesvorstandsanhträge aufzunehmen, sondern eine Vision zu formulieren, wo alle, die Familie haben (Töchter, Mütter, Väter, Menschen mit zu pflegenden Angehörigen) nicht mehr benachteiligt werden. Es wurde netterweise umformuliert „Vereinbarkeit von Beruf und Familie, was sich besonders für Frauen negativ auswirkt“.

Dass natürlich viele Hürden besonders für Frauen unüberwindbar – oder nur durch Verzicht überwindbar – gemacht sind, dass liegt an den männlichen Strukturen, unter denen auch immer mehr junge Männer leiden.

Wo ist hier die Männergruppe, fragen sich sicherlich viele. Ich auch!!!! Ähm.

Geld in Strukturen – statt individuelle Förderung

Eine Genossin trug unsere Hamburger Position dazu bei: „Und das heißt für uns, kein Kindergeld und keine steuerlichen Vorteile, sondern Strukturmaßnahmen fördern, die Existenz und Förderung von allen (!) Kindern unabhängig von dem Einsatz und Verständnis der Eltern ermöglichen.“

Strukturelle Förderungen fordern, für das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe aller Mädchen und Jungen, unabhängig von der Herkunft, muss unser Ziel als AsF sein. Eigentlich ja der ganzen Partei, aber wenn ich das dann genauer ausformuliere, blicken mich so viele männliche Genossen immer so unverstündlich an, dass wir Frauen mal mit dem Kampf anfangen. Und wenn dann sowohl Frauen wie auch Männer den „guten Zweck“ dahinter erkennen, können wir ja mal wieder was zusammen fordern.

Fazit aus Berlin:

Nun ja, neben Bekenntnissen und ge-

gensätzlichen Positionen haben wir auch ein paar Forderungen, die diesen Weg zu einer gerechteren Gesellschaft auch oder vor allem im Sinne unserer Parteiarbeit unterstützten. Und daher eigentlich von uns allen getragen werden könnten. Diese wären so Kleinigkeiten wie zum Beispiel:

- Gleiche Entlohnung für gleiche ODER gleichwertige Arbeit. Ausgebildete Frauen verdienen im Schnitt immer noch 30 Prozent weniger als Männer. Chemikerinnen zum Beispiel 4000 Euro statt der 5000 Euro wie Männer;
- Aufwertung traditioneller Ausbildungsberufe mit entsprechender Entlohnung. (zum Beispiel ErzieherInnen durch entsprechende Qualifizierung);
- Kostenlose Kinderbetreuung und Umschichtung der individuellen Förderung zugunsten einer Strukturmaßnahme;
- Aufbrechung traditioneller Berufswahl von Mädchen.

Wir erwarten von unseren Genossen und Genossinnen in Hamburg, dass es auch innerhalb der SPD heißen muss, einerseits nicht die sozialen Ungerechtigkeiten aus den Augen zu verlieren. Und andererseits die Gerechtigkeit der Geschlechter nicht zu vergessen. Beide Aspekte müssen ein Teil unserer Parteiarbeit sein, denn sonst spielen wir uns gegeneinander aus, anstatt gegen Strukturen zu kämpfen, die Frauen und auch Männer benachteiligen.

Noch eine kleine Bitte an Interessierte: Meldet euch doch bitte bei Kerstin oder uns per Mail oder Telefon, wenn ihr in unseren „aktiven Verteiler“ aufgenommen werdet wollt. Dann werdet ihr in Zukunft zu weiteren Veranstaltungen von uns per Mail/ Post eingeladen.

Natürlich freuen wir uns auch über Vorschläge und Wünsche zu Veranstaltungen und Themen von euch.

Tel. Sylvia, 51 52 01, Mail: britta.linnemann@gmx.net.

Eine NEUE SCHULE für Hamburg!

SPD Nord will eine Schule für alle



Unsere Bildungspolitiker nach getaner Arbeit

Von Sönke Klages

Am 2. November war es soweit: Der fast einstimmige Beschluss der Kreisdelegierten-Versammlung setzte den Schlusspunkt unter die engagierte Debatte, die über mehrere Monate in den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften des Kreises geführt wurde. Der Punkt wurde zum Ausrufezeichen: Die SPD Hamburg-Nord will eine NEUE SCHULE für Hamburg, und zwar eine gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen!

Als Nord-SPD haben wir damit – wie schon oft in den letzten Jahren – einen fundierten Beitrag zur Politik der Hamburger Partei insgesamt geliefert. Im Beschluss heißt es gleich zu Beginn: „Wir Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Menschliche Metropole, in der die Lebensqualität und die Teilhabe aller Einwohner/innen wachsen, aber soziale Polarisierungen und Diskriminierungen abgebaut werden. Unser Hamburg soll gerechter und klüger werden. Wir wissen, dass sich beides gegenseitig bedingt.“ Damit ist der große Rahmen, das Ziel unserer Bildungspolitik klar benannt.

Bildung beginnt schon vor der Schule

Zuerst haben wir uns zuerst mit der Frage befasst, wie schon in den ersten Kinderjahren gute Grundlagen gelegt und die oft extrem ungleichen, ungünstigen familiären Bedingungen ausgeglichen werden können – soweit wie möglich. Wir Hamburger Sozis haben in den letzten Jahren für eine ausreichende Versorgung mit Kindertagesbetreuungs-Plätzen gekämpft. Wichtig ist aber, dass sich dies auch jene El-

tern leisten können, deren Kinder besonders darauf angewiesen sind. Deshalb sagen wir: „Frühkindliche Bildung darf keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein. Frühkindliche Bildung muss perspektivisch für Eltern genauso gebührenfrei sein wie schulische Bildung. Der von uns bereits durchgesetzte Anspruch auf Kita-Betreuung für drei- bis sechsjährige im Umfang von 5 Stunden mit Mittagessen wird deshalb von den Gebühren befreit.“ In vielen „Kitas“ wird schon heute viel mehr geleistet als „nur“ Betreuung: Die Kinder lernen dort bereits „spielerisch“. Damit das in Zukunft noch besser und überall funktioniert, wollen wir die Ausbildung der Erzieher/innen verbessern und die Kitas enger mit den Vor- und Grundschulen verzahnen.

Ansatzpunkt „Sek I“

Der Kern unseres Beschlusses betrifft die Klassen 5 bis 10, die so genannte „Sekundarstufe I“. Hier wollen wir eine NEUE SCHULE aufbauen, und zwar durch die schrittweise Weiterentwicklung und Zusammenführung aller heute bestehenden Schulen. Die NEUE SCHULE soll beides sein: leistungsstark und sozial gerecht. Denn die erschreckende Erkenntnis aus allen Untersuchungen der letzten Jahre war ja: die Schulen in Deutschland (und zwar alle Schulformen) erzeugen nur mittelmäßige Leistungen, führen dabei aber zu einer sozialen Auslese, die größer ist als in allen anderen Industrieländern. Die Verteilung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) nach Klasse vier richtet sich – so wissen wir heute anhand klarer Fakten – viel mehr nach der sozialen Lage der Eltern, als nach den Leistungen der Kinder. So werden vielen Kindern aus „ärmeren“ Familien die Chancen vorenthalten, ihre Begabungen zu entfalten und das zu lernen und zu leisten, was sie eigentlich könnten. Das aber ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht akzeptabel!

Deshalb sagen wir: „Die soziale Diskriminierung in der Schule zu beheben, muss für die Sozialdemokratie das zentrale Anliegen ihrer Bildungspolitik sein.“ Aber: „Das gegliederte Schulsystem in Deutschland ist auf Auslese angelegt, nicht auf Förderung und Ermutigung. Dadurch erneuert und verstärkt es nicht nur die soziale Ungleichheit der Bildungschancen, sondern darüber auch die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft insgesamt.“ Die NEUE SCHULE muss deshalb eine gemeinsame Schule für alle Kinder sein: ohne ungerechte Auslese, aber mit bestmöglicher Förderung für jedes einzelne Kind, jeden einzelnen Jugendlichen!

Strukturdebatte reicht nicht

Klar ist auch: Eine neue Schulstruktur allein macht noch keine gute Schule! Wir haben deshalb den oft fruchtlosen Streit der Vergangenheit darüber, ob Strukturveränderungen im Schulsystem oder Reformen des Unterrichts vordringlich

seien, ad acta gelegt. Denn beides gehört zusammen wie zwei Seiten einer Medaille! Wir brauchen so genannte „innere Schulreformen“, wir brauchen eine ganz neue Unterrichts- und Lernkultur: im Mittelpunkt soll zukünftig die individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers bzw. Schülerin stehen. Das erfordert Voraussetzungen: eine andere Ausbildung der Lehrer/innen, kleinere Klassen, Unterricht in Teams, ganz neue Formen des Unterrichts. Das wird zwar mehr Geld kosten, aber es gibt wohl kaum eine bessere Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft (zur Zeit geben wir in Deutschland weit weniger Geld für Bildung aus als die führenden Länder)!

Doch genauso klar ist: Eine Schule ist nur so gut, wie sie es schafft, allen

Mehr individuelle Förderung für alle!

Gerade dieser letzte Punkt – dass auch die starken Kinder ausreichend gefordert und gefördert werden – ist wichtig, um das zu erreichen, was wir zur Durchsetzung unseres Zieles vor allem brauchen: die Akzeptanz der Menschen in Hamburg, besonders der Eltern. Viele Genossinnen und Genossen haben gesagt: „Das Ziel ist ja richtig, aber wir können es doch nicht gegen den Elternwillen durchsetzen.“ Das wollen wir auch nicht. Wir wollen auf dem Weg der Umgestaltung möglichst alle mitnehmen und überzeugen. Und das können wir! Denn was ist denn der „Elternwille“? Ist es die abstrakte Wahlfreiheit zwischen möglichst vielen Schulformen (die es in Wirklichkeit für

CDU und den konservativen Medien natürlich geschürten) Ängste und Vorurteile nach und nach abbauen. Und vor allem: Indem wir alle Betroffenen, die Schulen, die Lehrer/innen und die Eltern in die konkreten Umbau-Prozesse in den Stadtteilen aktiv einbeziehen. Das machen wir anders als die CDU: Wir entscheiden nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern nehmen sie ernst und beziehen sie ein. Dafür brauchen wir durchaus offene Übergangsphasen – aber keine neuen starren Strukturen, wie das so genannte „Zwei-Säulen-Modell“ (das in Wirklichkeit viel eher ein Zwei-Klassen-Modell) ist.

Kein sozialer Fortschritt ohne Mut zur Auseinandersetzung!

Doch wir werden – da machen wir uns nichts vor – auch Gegner haben, die wie nicht überzeugen können: Nämlich diejenigen konservativen Schichten, die tatsächlich ihre überkommenen Privilegien verteidigen wollen, die es gleichsam als ihr natürliches Recht ansehen, dass ihre Kinder von vornherein bessere Chancen haben, dass sie nicht mit den „Schmuddelkindern“ auf eine Schule gehen müssen. Das sind vielleicht gar nicht viele, aber sie haben Geld, Macht und Einfluss. Sie sind der harte Kern der „Gymnasial-Lobby“, die CDU ist ihre Interessenvertretung, sie werden laut protestieren und in manchen Medien viel Raum bekommen. Allerdings wandern sie sowieso zunehmend in Privatschulen ab – ganz gleich, was wir tun.

An der Auseinandersetzung mit ihnen kommen wir jedoch nicht vorbei, wenn wir etwas für die Mehrheit der Kinder, vor allem derjenigen mit den schlechteren Chancen, erreichen wollen. Die ganze Geschichte unserer Partei lehrt uns doch: Ohne Konflikte, gerade mit den Reichen, Mächtigen und (Struktur-)Konservativen, gibt es keinen sozialen Fortschritt! Doch wir werden eine kluge und beharrliche Strategie der Aufklärung und Überzeugung verfolgen. Daher brauchen wir keine Angst zu haben: Wir haben die richtige Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit – besinnen wir uns auf unsere Kraft!

Der ganze Beschluss, der noch viel mehr enthält, als hier geschildert werden kann, kann über das SPD-Kreisbüro angefordert werden: 460 30 42 oder hh-nord@spd.de.



Bildungsworkshop in Nord

Kindern eine gute Bildung zu vermitteln. Deshalb ist eine wirklich gute Schule nur eine gemeinsame Schule für alle Kinder. In anderen Ländern ist es ganz selbstverständlich, dass auch sehr unterschiedliche Kinder viel mit- und voneinander lernen können – wenn der Unterricht von gut ausgebildeten Lehrkräften entsprechend gestaltet wird. Die gemeinsame NEUE SCHULE wird keine mittelmäßige Schule sein, sondern Chancengleichheit und Spitzenleistungen gleichsam ermöglichen.

viele gar nicht gibt)? Oder ist es nicht viel eher ganz konkret, ganz praktisch der Wunsch, dass die eigenen Kinder die bestmögliche Bildung, die bestmöglichen Chancen bekommen?! Natürlich ist es das. Und die meisten Eltern werden nichts dagegen haben, dass auch alle anderen Kinder die gleichen Chancen bekommen. Warum auch? So entsolidarisiert ist unsere Gesellschaft noch nicht, trotz der zunehmenden Konkurrenz.

Deshalb werden wir die meisten Eltern überzeugen und für uns gewinnen können, wenn wir klug argumentieren, wenn wir die bestehenden (und von der

Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstand Hamburg-Nord 2006/2007

Inka Damerau	Vorsitzende	22175, Hohnerkamp 30 a	64 20 25 32
Verena Blix	stellv. Vors.	22049, Hohensteiner Str. 2	6 91 76 53
Thomas Domres	stellv. Vors.	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Ralph Bornhöft	Schatzmeister	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Ksenija Bekeris	Beisitzerin	22083, Käthnerort 1	69 45 41 87
Aziz Bozkurt	Beisitzer	22305, Stockhausenstr. 14	21 00 74 12
Maria Buter	Beisitzerin	22083, Bachstr. 141	2 27 88 06
Daniel Gritz	Beisitzer	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Norbert Heinrichs	Beisitzer	22179, Haldesdorfer Str. 126	6 41 84 20
Andrea Hilgers	Beisitzerin	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Werner Kiebel	Beisitzer	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
Britta Linnemann	Beisitzerin	22415, Georg-Clasen-Weg 16 b	53 05 06 56
Jan Quast	Beisitzer	22397, Duvenstedter Berg 60	2 79 49 09
Sebnem Seldüz	Beisitzerin	22303, Martin-Haller-Ring 1	27 80 64 02
Urs Tabbert	Beisitzer	22301, Zesenstr. 7	52 01 42 52
Peter Tschentscher	Beisitzer	22307, Elligersweg 8	63 68 99 91

Distrikte

Langenhorn-Nord	Thomas Stripp	22417, Sonnenwende 30	4 05 20 91 86
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	22417, Holitzberg 23	53 03 56 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruich	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Anja Domres	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Winterhude-Nord	Angelika Bester	22297, Brabandstr. 21b	51 32 47 46
Jarrestadt	Christian Landbeck	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	6 41 51 35
Mühlenkamp	Jürgen Näther	22301, Sierichstr. 20	27 29 72
Barmbek-Nord	Thomas Grabenkamp	22307, Alte Wöhr 7c	41 09 70 56
Barmbek-Mitte	Kay-Uwe Appen	22081, Stückenstr. 51 A	29 57 31
Dulsberg	Michael Hüttel	20251, Geschwister-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Florian Pudlas	22083, Heitmannstr. 15	22 69 89 15

Arbeitsgemeinschaften

ASF	Helga Kuhlmann	22081, Langenrehm 12	2 99 39 71
ASF	Sylvia Schudmlach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
Jusos	Timo Stampe	22305, Hardorffsweg 14a	65 59 22 54
Jusos	Gun Röttgers	22307, Genslerstr. 7	59 95 24
AfA	Hartmut Dignas	22527, Wördemannsweg 126	64 18 20
60plus	Helmut Riedel	22335, Erdkampsweg 151	59 95 38
60plus	Arno Eggerstedt	22083, Weidestr. 15	29 06 15
BV-Fraktion	Hede Krüger	22417, Götkenweg 14	5 37 47 67
BV-Fraktion	RalphGronau	22089, Güntherstr. 27	22 46 90

Bürgerschaftsabgeordnete

Willi Buss	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	29 44 407
Gesine Dräger	65 90 13 20
Andrea Hilgers	5 14 20 26
Jan Quast	27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	5 11 39 61

Bundestagsabgeordneter

Christian Carstensen	22337, Am Hasenberge 44	50 09 83 89
----------------------	-------------------------	-------------

Weitere Ansprechpartner

Stellv. Vorsitzende der BV	Heidemarie Hermann	5 11 96 51
Vorsitzender der BV-Fraktion	Peter Tschentscher	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter Barmbek-Uhlenhorst	Hans-Werner Nebel	4 28 04-50 21

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstandssitzungen

Die nächste Kreisvorstandssitzung findet statt am Freitag, den 15. Dezember. Die Sitzungen ist wie immer offen für alle Mitglieder der SPD HH-Nord und findet um 19 Uhr in den Räumen der SPD, Am Hasenberge 44 statt.

Juso-Gruppen

Die Juso-Gruppen der Distrikte treffen sich regelmäßig:

- Jusogruppe Langenhorn-Nord und Langenhorn-Süd jeden zweiten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Bürgerhaus Langenhorn
- Die Juso-Gruppe Eppendorf, Winterhude-Nord, Mühlenkamp, Groß Borstel und Jarrestadt jeden zweiten Mittwoch im Monat im Stadtteiltreff, Alsterdorfer Str. 192 A
- Die Juso-Gruppe Barmbek-Dulsberg jeden 4. Donnerstag im Monat.

60plus – die SeniorInnen in der SPD

An jedem ersten Mittwoch im Monat trifft sich der Vorstand der AG 60plus zur öffentlichen Vorstandssitzung – interessierte SeniorInnen sind herzlich willkommen.

Tagesfahrten nach Berlin

Infos im Wahlkreisbüro unter 50090389.

Dämmerschoppen

Es gibt ihn einmal monatlich und es hat sich herumgesprochen: Beim „Dämmerschoppen“ kann in gemütlicher Atmosphäre bei Bier, Wein, Saft und Selters nach Herzenslust diskutiert werden.

Abgeordnete aus Bürgerschaft und Bezirksversammlung stehen Rede und Antwort zu ihrer Arbeit und auch unser Bundestagsabgeordneter Christian Carstensen ist dabei, wenn es der Terminkalender zulässt. Aktuelle Themen kommen zur Sprache und eine bunte Mischung aus Jung und Alt, Mitgliedern und Interessenten ist lebhaft bei der Sache. Nebenbei lernt man sich besser kennen, vereinbart neue Termine oder lässt sich für die Mitarbeit in einem Arbeitskreis begeistern. Die nächsten Termine: Montag, 08. Januar 2007, Montag, 05. Februar 2007, Montag, 02. April 2007, Montag, 07.05.2007, Montag, 11.06.2007 Immer um 19.30 Uhr in den Räumen des Kreisbüros Am Hasenberge 44. Wir freuen uns auf Euch!

Filmtipp

Niels Annen präsentiert in Eimsbüttel im Dezember (auch im Rahmen Politikcheck) den Film „Wag the Dog“ an – passt doch, oder? In dem Film mit Robert De Niro und Dustin Hoffman wird dem amerikanischen Präsidenten vorgeworfen, eine Praktikantin belästigt haben und das nur wenige Tage vor der Wiederwahl. Seine Marketing Abteilung kommt zu dem Schluss, dass nichts die Wähler so sehr ablenkt, wie ein Krieg in Übersee und inszeniert mit Hilfe eines Hollywoodproduzenten kurzerhand einen fiktiven Feldzug nur für das Fernsehen. Die genauen Daten für die Filmvorführung findet Ihr unter www.politikcheck2006.de. Tel. Nachfragen unter 4 22 10 90.

Mieterberatung

Der Distrikt Fuhlsbüttel bietet in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein zu Hamburg einmal monatlich eine Mieterberatung an. Der nächste Termin ist am 20. Dezember von 16-18 Uhr im Sitzungsraum des Kreisbüros.

AsF

Donnerstag, 14. Dezember 2006, ab 17 Uhr, im Abgeordnetenbüro Gesine Dräger, Olendörp 2, Fuhlsbüttel: 17 bis 17:30 Uhr, Informationen zu aktuellen Haushaltsbeschlüssen aus frauenpolitischer Sicht! Anschliessend kultureller Jahresausklang mit Lesung und Zeit zum Austauschen. Zwei Genossinnen lesen Geschichten in der Vorweihnachtszeit!
Dazu gibt es Glühwein u.a..

Februar 2007: „Entstehungsgeschichte der Museen aus Frauensicht“. Eine Hamburger Kulturpädagogin wird uns die politischen Hintergründe und Zusammenhänge zur aktuellen „Kulturpolitik“ vorstellen – als Impulsreferat. Im Anschluss arbeiten wir gemeinsam eine kleine Ausstellung aus.

Presse- und Medienarbeit ...

für Vorstandsmitglieder, interessierte GenossInnen und TeilnehmerInnen am Politikcheck. In der zweiten Februarhälfte werden wir (in Kooperation mit Eimsbüttel) einen Workshop zu Presse- und Medienarbeit anbieten. Themen: Aus dem Alltag eines Pressesprechers – wie ticken die Medien? Die Pressesprecher Bülent Ciftlik (SPD-Landesorganisation) und Christoph Holstein (SPD-Bürgerschaftsfraktion) erzählen von ihrer Arbeit / Wie machen wir uns interessant – gute Pressemeldungen (=eine praktische Übung zum Schreiben und Verarbeiten von Pressemeldungen) / Als Ergänzung wird der Besuch der Landespressekonferenz angeboten (oder alternativ einer Pressekonferenz der SPD). Der genaue Termin steht zur Zeit der Drucklegung noch nicht fest – man kann sich aber bereits voranmelden. Es gibt 25 Teilnehmerplätze.

AG „Gerechtes Hamburg – soziale Stadt“

Treffen (siehe dazu den Artikel von Inka Damerau) am 07. Dezember 2006, 19.00 Uhr im Kreisbüro. Wer mitmachen und in den Einladungsverteiler dieser Arbeitsgruppe aufgenommen werden möchte, wendet sich ans Kreisbüro unter der Telefonnummer 460 30 42.

AG Stadtentwicklung und Verkehr

Die nächsten Termine sind am Donnerstag, 14.12.06, Mittwoch, 24.01.07, und Mittwoch, 07.02.07. Jeweils um 19 Uhr. Weitere Mitstreiter sind herzlich willkommen und können sich auf den Verteiler für die Einladungen setzen lassen.
Weiter Informationen über das Kreisbüro.

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte: www.spd-hamburg.de/Nord

RECHTSANWALTSKANZLEI MEDECKE & TABBERT

Ernst Medecke Fachanwalt für Strafrecht

Strafverteidigung, Mietrecht,
Arbeitsrecht, Vereinsrecht

Urs Tabbert Rechtsanwalt

Zivilrecht, Verwaltungsrecht, Verfassungs-
recht, Künstlerinteressenvertretung

Klaus-Groth-Straße 84 in 20535 Hamburg
(2 Min. von U3/Burgstraße entfernt)
Tel. (0 40) 24 75 72 · Fax (0 40) 25 30 88 97
ernst.medecke@verteidiger-hamburg.de
urs.tabbert@verteidiger-hamburg.de

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg

Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
22335 Hamburg 63

Zur Zukunft der direkten Demokratie

Die Hamburgerinnen und Hamburger hatten sich entschieden: Gegen den Verkauf von Krankenhäusern! Für ein neues Wahlrecht! Aber Senat und CDU ignorierten die Volksentscheide. Das darf nicht sein! Zwei wichtige Volksbegehren stehen jetzt unmittelbar bevor, mit denen Verfälschungen des Bürgerwillens begegnet werden soll: Mit der Initiative „Rettet den Volksentscheid“ holen wir uns die freie Unterschriftensammlung zurück und mit „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ wollen wir mit einer Verfassungsänderung Volksentscheide verbindlich machen. Was Bürgerinnen und Bürger entschieden haben, soll auch für den Senat Gültigkeit haben! Schon im vergangenen Jahr haben wir als SPD uns mit vielen an-

deren Organisation und Menschen unter der Federführung von ver.di zusammen getan, um diese Anliegen zu befördern. Und so kann man sich beteiligen: Wer sich in der Zeit vom 13.02.–05.03. in den Orts- oder Bezirksämtern eintragen lässt, kann ein Jahr später über diese Anliegen abstimmen! ABER: Schon jetzt kann jeder die Eintragung per Brief beantragen! In den nächsten Tagen gibt es dazu einen Infoflyer mit einer Anforderungskarte – Ihr könnt ihn im Kreisbüro anfordern. Am Besten gleich auch für Eure Familie, Verwandten, Bekannten, Nachbarn oder Kollegen – wir wollen dem CDU-Senat zeigen: Wir wollen die direkte Demokratie! Also: Flyer und Infos anfordern unter Telefon 460 30 42 oder hh-nord@spd.de.

Wir sprechen mit Ihnen
und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32 /-0
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 HH

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 25):

15.01.07. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi
(keine Internet-Bilder!).

- ✉ Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken: Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg
Per Mail: michael.huettel@t-online.de
urstabbert@web.de
- ☎ Telefonisch: Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48
Urs Tabbert, 0 40/52 01 42 52

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg.de/ Nord

v.i.S.d.P.: Inka Damerau

Redaktion:

Michael Hüttel, Urs Tabbert
Gestaltung: acceptDESIGN, Hamburg,
www.acceptDESIGN.de

Bilder: Titelbild © photocase.de, S. 6 © Andreas Bunkus, S. 8/9 © Verena Blix

Druck: Hein&Co, Hamburg

Gratulationen

Die Geburtstagskinder von Oktober bis Dezember 2006

(Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf!)

- 70 Jahre: Mathilde Klinge (11.10.1936), Werner Langermann (22.10.1936), Rudolf Marschalck (25.1936), Reimer Rohde (12.11.1936), Joachim Trekel (24.11.1936), Freimut Duve (26.11.2936), Karl-Ludwig Werner (27.11.1936), Uwe Köditz (10.12.1936), Hans-Jürgen Maack (19.12.1936)
- 75 Jahre: Ronald Bartels (08.10.1931), Gerd Seifert (17.10.1931), Almut Oltmanns (10.11.1931), Uwe Schmidt (14.12.1931), Uwe Otto Behnke (22.12.1931)
- 80 Jahre: Wolfgang Vormbrock (11.10.1926), Erich Meier (01.11.1926), Ernst-G. Neumann (02.11.1926), Käthe Bringel (29.11.1926), August Bornemann (10.12.1926),
- 85 Jahre: Irmgard Calsow ((20.12.1921), Rolf Trodler (26.12.1921)
- 90 Jahre: Karl Langhoff (29.11.1916)

Und am 13.11.2006 wurde die Genossin Fanny Ulrich 104 Jahre alt!

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen alles Gute und vor allem Gesundheit!

Die Jubilare von Oktober bis Dezember 2006 (ab 40 Jahre Parteizugehörigkeit)

- 40 Jahre: Freimut Duve (November 1966), Uwe Mertens (November 1966) Jochen von Maydell (November 1966), Andreas Ruppert (Dezember 1966)
- 50 Jahre: Inge Doss (Oktober 1956), Jan Ehlers (1956)
- 60 Jahre: Rudolf Blankenfeld (Oktober 1946), Gisela Kaschubowski (Oktober 1946), Ernst Kruse (Oktober 1946) Elisabeth Schmidt (Oktober 1946), Gertrud Stadtmüller (Dezember 1946)
- 75 Jahre: Hedwig Schmidt-Langhof (Oktober 1931), Luise Stölken (Dezember 1931)

Den Jubilaren herzlichen Dank für ihre Treue, ihre Geduld mit der Partei und ihr Engagement! Die Ehrungen mit Urkunde und Nadel finden jeweils zu Anfang oder Ende eines Jahres in den Distrikten statt.